

Medienmitteilung

Thema	Standortkonzentration Berner Fachhochschulen
Für Rückfragen	Thomas Brönnimann, Grossrat, Tel. +41 79 752 53 23 Sandra Gurtner-Oesch, Präsidentin glp Kt. Bern & Stadträtin Biel, Tel. +41 78 766 04 60
Absender	Grünliberale Partei Kanton Bern, Postfach 2436, 3001 Bern E-Mail be@grunliberale.ch , www.be.grunliberale.ch
Datum	18. Mai 2016

Grünliberale fordern weitergehende Konzentration

Die Grünliberalen sind enttäuscht über die Ablehnung ihrer Planungserklärung zur Standortkonzentration der Berner Fachhochschule durch die Bildungskommission des Grossen Rates (BiK). Die Grünliberalen sähen in ihrem Vorstoss eine weitere Chance, Synergien zu nutzen, Arbeitsplätze ausserhalb Berns zu schaffen und den Pendlerverkehr zu reduzieren. Die Hoffnung ruht nun auf dem Grossen Rat.

Mit der Planungserklärung zur Standortkonzentration der Berner Fachhochschulen (BFH) möchte die grünliberale Grossratsfraktion den Regierungsrat beauftragen, zu prüfen, ob und wie die zentralen Dienst der BFH wie das Rektorat oder die Informatikdienst am Standort in Biel konzentriert werden könnten. „Wir befürworten die laufende Standortkonzentration der Fachhochschule. Nur so kann sie national konkurrenzfähig bleiben. Dabei müssen aber die Scheuklappen abgelegt werden und zentrale Dienste – wie der Name schon sagt – wann immer möglich zentralisiert werden“ meint der glp-Grossrat Thomas Brönnimann.

In Biel wird zur Zeit der Campus für die technischen Disziplinen realisiert – mit Reserven für einen späteren Erweiterungsbau. Eine Fehlkalkulation, findet Thomas Brönnimann: „Würden die Kapazitäten bereits jetzt voll ausgebaut, käme dies dank den günstigeren Baukosten langfristig günstiger als ein späterer Erneuerungsbau. Gleichzeitig würden die Kapazitäten geschaffen, um weitere isolierte Arbeitsstandorte der BFH in Biel anzusiedeln.“ Zur Zeit sind die zentralen Dienste teilweise noch in verschiedenen Gebäuden eingemietet. „Wieso auf die Fertigstellung des Campus Weyermannshaus im Jahr 2023 warten und dabei eine frühere Lösung nicht mal prüfen?“ fragt Brönnimann.

Darüber hinaus würden rund 200 qualifizierte Arbeitsplätze in Biel geschaffen, auf die die Stadt Bern nicht angewiesen ist. Die Bieler Stadträtin und Präsidentin der Grünliberalen Kanton Bern, Sandra Gurtner-Oesch meint dazu: „Wir fordern vom Kanton schon lange, dass er als Arbeitgeber wo sinnvoll ausserhalb der Agglomeration Bern Stellen schafft und so die Regionen gestärkt werden. Hier böte sich diese Chance. Die zentralen Dienste, insbesondere die Informatikdienste, sind heute nicht mehr auf die örtliche Nähe angewiesen.“

Nicht zu letzt würde mit der von den Grünliberalen geforderten Zentralisierung in Biel auch der Pendlerverkehr in der Agglomeration Bern entlastet. Sandra Gurtner-Oesch sagt: „Natürlich hat dies nicht den gleichen Effekt, wie zum Beispiel die Anpassung der Stundenpläne. Aber auch ein kleiner Beitrag entlastet die arg strapazierte Verkehrsinfrastruktur und hilft, die Last zu verteilen.“